Deutscher Bundestag **Drucksache 18/9792**

18. Wahlperiode 27.09.2016

Antrag

der Abgeordneten Inge Höger, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Dr. Petra Sitte, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

In der UN-Vollversammlung für Atomwaffenverbot stimmen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Atomtod bleibt eine Bedrohung für die gesamte Menschheit (www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomwaffen/2016_05_02_OEWG_IPPNW_01.pdf). Seiner Vision von einer atomwaffenfreien Welt ist US-Präsident Barak Obama keinen Schritt näher gekommen. Im Gegenteil, das US-Atomarsenal wird derzeit modernisiert und aufgerüstet, was auch die in Deutschland lagernden Atomsprengköpfe betrifft (Bundestagsdrucksache 18/6808). Die sogenannte Offene Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zu Nuklearer Abrüstung (Open-ended Working Group on Nuclear Disarmament – OEWG) hat im August 2016 per Mehrheitsbeschluss das Verbot von Kernwaffen sowie die Aufnahme dahingehender Verhandlungen im Jahr 2017 gefordert (www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/apocalypse-no-1604/). Maßgeblich vorangebracht durch das Engagement nicht paktgebundener Staaten, vor allem Österreichs und Mexikos, wird im Oktober 2016 die UN-Vollversammlung über eine Resolution zum Verbot von Nuklearwaffen abstimmen.
2. Gemeinsam mit den Atommächten hat Deutschland gegen diesen Beschluss gestimmt. Diese Positionierung steht den sonstigen Verlautbarungen der Bundesregierung zur nuklearen Abrüstung diametral entgegen. Erst am 29.8. hat die Verlautbarung des Bundesaußenministers aus Anlass seines Besuchs in Hiroshima bekräftigt, dass das Ziel des Wirkens der Bundesregierung die Eliminierung aller Atomwaffen sei: „Wir müssen das Ziel einer atomwaffenfreien Welt fest vor Augen haben.“ In der Sitzung der UN-Vollversammlung im Oktober 2016 muss die Bundesregierung ihren Worten nun Taten folgen lassen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

im Oktober 2016 in der UN-Vollversammlung dem Antrag der Offenen Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zu Nuklearer Abrüstung zuzustimmen und damit den Weg frei zu machen für internationale Verhandlungen, die die Ächtung von Atomwaffen zum Ziel haben.

Berlin, den 27. September 2016

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333